

Lieber Raimon,

ich schrieb Dir gestern als Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums des OKV sowie als Stellvertretender Vorsitzender von ISOR e.V. und habe Euch **meine volle Unterstützung sowie Zustimmung zu Eurem Antrag** ausgesprochen und versichert diesen den Verbänden zur Zustimmung zu empfehlen.

In unserer kommenden **Vorstandssitzung von ISOR e.V.** am bevorstehenden Mittwoch, den 23.5. werde ich den Vorstand, zu dem auch die Landesbeauftragten von ISOR gehören, informieren. Sicher wird der Vorstand die Unterstützung Eures Antrages beschließen.

Ich bin überzeugt, dass **alle rd. 25 Verbände von OKV** ebenfalls den Antrag unterstützen. Am 19.6. tagen die Verbände des OKV. Der Geschäftsführer von ISOR e.V. wird Dich vom Beschluss der Vorstandssitzung informieren.

Nach der OKV-Tagung informiere ich Dich vom Ergebnis der Klärung innerhalb der Verbände. Unser gemeinsames Credo ist seit langem das Erfordernis des Bündelns aller linken Kräfte sowie aller ihrer Sympathisanten unter dem Dach der Partei DIE LINKE. Eure Begründung ist auch unsere Überzeugung.

- - -

ISOR e.V. hat in einem langwährenden juristischen Kampf nachgewiesen, dass es in unserer **"demokratischen freiheitlichen Rechtsordnung"** nur ein Recht für die herrschende Klasse gibt.

Das BVerfG hat die Entscheidung rd. 200.000 Menschen wegen Staatsnähe zur DDR (§§ 6 und 7 AAÜG) auszugrenzen und deren Rente bzw. Rentenansprüche zu kürzen als politische Entscheidung benannt und mitgeteilt, die Politik kann eine andere Entscheidung treffen.

Während SS-Schergen (Litauen), als Mörder von zig tausenden unschuldiger Menschen, nach 1990 noch Renten zugesprochen bekamen (mit der Begründung der Wertneutralität des Rentenrechts) griff die bundesdeutsche Politik eine Entscheidung (unter dem massiven Einfluss der Progromhetze gegen Träger des Staates DDR) der letzten Volkskammer der DDR auf.

Die letzte Volkskammer der DDR, die schon keinen Sozialismus mehr wollte, sondern nur die Deutsche Mark, hatte als Obergrenze die Rente der Mitarbeiter des MfS auf einen Betrag gekürzt, der 1,47 Rentenpunkte entsprach. **Die bundesdeutsche Politik machte daraus 0,7 Rentenpunkte. Die bundesdeutsche Politik dehnte diese Strafe auf alle Personen der bewaffneten Organe der DDR aus. ISOR e.V. hat sich gebildet, um dagegen zu kämpfen.**

Die Mitarbeiter des Staatsapparates der DDR (inkl. der bewaffneten Kräfte) haben während ihres Arbeitens in der DDR, um eine beamtenähnliche Versorgung im Alter zu erhalten, 10% ihrer Bruttobezüge in die Freiwillige Zusatzversorgung eingezahlt. Beamte der Bundesrepublik zahlen nichts in die Rentenkasse ein!

Diese Einzahlungen der DDR-Staatsangestellten wurden mit dem Trick der Überführung in die Rentenversicherung komplett und bei allen Mitarbeitern des Staatsapparates der DDR gestrichen. Wenn man zudem noch Kenntnis davon hat, dass die Bezüge im Staatsapparat oft deutlich unter denen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben lagen, erkennt man das Perfide dieses Politik-Streiches. Viele der ehemaligen Mitarbeiter der Räte der Kreise etc. erhalten heute Renten, die am Sozialhilfeniveau liegen.

1999 wurde durch ISOR e.V. erreicht, dass die Angehörigen der NVA, der Grenztruppen der DDR, des MdI und der Zollorgane entsprechend ihrer Bezüge Renten bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalten. Dabei sind jedoch noch immer etliche Gehaltsbestandteile aus der Rentenberechnung willkürlich durch diesen Staat herausgenommen worden. Auch gegen diese soziale Ungerechtigkeit tritt ISOR weiter an.

Die Mitarbeiter des MfS und staatstragende Funktionen in der DDR werden seit 1999 auf 1,0 Rentenpunkte gekürzt. Professoren, Minister, Wissenschaftler, Führungskräfte in der Wirtschaft der DDR sowie alle Mitarbeiter des MfS (von der Reinigungskraft, dem Zahnarzt, dem Wachsoldat, dem Koch, der Küchenhilfe, der Sprechstundenhilfe, dem IT-Experten, dem Terrorismusbekämpfer, dem Mitarbeiter des Staatsschutzes, alle ..) erhalten maximal 1,0 Rentenpunkte. Das ist die Wertung der

"Lebensleistung", das ist die Wertung des Einsatzes dieser Personen für den Erhalt des Friedens, für den Beitrag zur Bekämpfung schwerer Kriminalität, ... in dem auch so wertneutralen Rentenrecht dieses Staates.

Mitarbeiter des MfS sind durch die Stigmatisierung nach 1990 nur selten in Tätigkeiten gelangt, die es ermöglichen gut fürs Alter vorzusorgen. Meist waren es prekäre Arbeitsverhältnisse, gebrochene Erwerbsbiografien.

Die Situation, in der alle weitestgehend DDR-Bürger waren, dass ein Neuanfang, oftmals zu schlechten Bedingungen erforderten, war wegen der staatlich organisierten Stigmatisierung für die rentenrechtlich bestraften DDR-Bürger besonders schlecht.

Die Gesinnungs-Schnüffelei-Behörde, die Behörde zur systematischen Ausgrenzung der Staatsdiener der DDR (auch Gauckbehörde, Birthler-Behörde, ... benannt) frisst nicht nur viele Steuergelder und ist neben dem Staatsarchiv ein besonderer Bestandteil des Repressionsapparates dieses Staates (indem er den genannten Personenkreis immer auf Neue legitime bürgerliche Rechte, die Verbrechern zuerkannt werden, nimmt), nein dieser Apparat ordnet sich ein in den Mechanismus der Verherrlichung der Macht des Kapitals und der Diffamierung aller Erscheinungen des Sozialismus.

Dieses Muster kennzeichnet die alte Denkweise "wes Brot ich ess, des Lied ich sing" - und wehe nicht!

Mit diesem einmal deutlich gezeigten Gesicht des Rechtsstaates wird jede auch künftig "nonkonforme" Gruppe von Personen bedroht.

Es ist ein Signal der Politik "so kann es gehen, wenn man zu sehr an den Grundfesten des Kapitals rüttelt". Nur diese Schuld tragen die Bestraften. **Sie haben gezeigt, es gibt eine Alternative zum kapitalistischen System.** In Liebe zum Menschen und tiefer humanistischer Überzeugung haben die Träger der Waffen nicht auf die durch westliche Medien und gekaufte Provokateure verhetzten Menschen geschossen. Die Träger der Waffen in der DDR haben einen Bürgerkrieg verhindert, den die Provokateure so gern gesehen und in diesem eingegriffen hätten.

Die Kehrseite des Friedenskampfes ist der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Um Einflusbereiche auszuweiten und Maximalprofite zu generieren, braucht die Gesellschaft des Kapitals den Krieg, die Konflikte. Zugleich braucht sie die Bereitschaft der Menschen dazu diesen Weg zu gehen. Welche Weg? Den Weg des immer weiteren Abbaus der sozialen Leistungen. Ja es gibt "Eliten", die meinen, Schmarotzer braucht die Gesellschaft nicht - und dabei meinen sie nicht sich selbst. Sie reden vom Umweltschutz und zerstören die Umwelt um des Profites willen. Sie reden von Kontrolle der Lebensmittel und giftfreien Produkten der Konsumgüterindustrie und vergiften zunehmend die Menschen. Sie reden von BIO-Produkten und haben in den überteuerten Produkten oftmals mehr Gifte als in den preiswerten Produkten. Sie reden vom freien Bürger, der selbst entscheidet und belügen ihn, ermöglichen ihm nicht auch nur im Entferntesten zu erkennen, was wirklich gesund ist.

Sie streiten sich um die Profit-Kuchenstücken wie zu allen Zeiten und gehen dabei über Leichen. Nur wenn sehr **Viele das Erkennen, sich einen**, erkennen, wer gegen eine Einigung ist, könnte auch ein bezahlter Provokateur sein, immer den wirklichen gemeinsamen Nenner suchen und sich nicht selbst in Machtkämpfe um des "eigenen Brotkorbes oder Egos wegen" verwickeln lassen und übergreifend sich gegen diesen Betrug am kleinen Mann einsetzen, dann haben wir Chancen die Gesellschaft friedlich zu ändern.

- - -

Wie hier knapp an Hand der Überzeugungen von ISOR skizziert, haben die im OKV geeinten Verbände Spezifika, die einmal mehr in Richtung des **Friedenskampfes**, andermal in Richtung der **Hilfe für die Opfer von Kriegen** vor Ort, in die Richtung des Wirkens **gegen die Verfälschung der Geschichte** (eben um die Menschen auf Kriege vorzubereiten und zu Einschnitten an den sozialen Leistungen vorzubereiten) auf jeweils ganz konkreten Feldern (Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Sport der DDR, des Kampfes um die **Bewahrung humanistischen Gedankengutes, des Wirkens für soziale Belange** sowohl regional als auch überregional, ... gehen.

Alle Verbände des OKV eint das Bedürfnis etwas tun zu müssen für eine Welt, in der man gern die Kinder und Enkel aufwachsen sehen möchte.

Einen schönen Pfingstmontag wünscht  
Joachim Bonatz